

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

## Eine politische Revolution in USA?

Zur Präsidentschaftskampagne des Sozialisten  
Bernie Sanders



**TOGETHER  
WE CAN DO IT!**

**Wall Street is habgierig, rücksichtslos, und die operieren illegal.  
Damit muss man rechnen. Aber was machst Du, um es zu ändern?**

Bernie Sanders

**Die Medien porträtieren diese Wahlen gerne als fairen Wettbewerb auf Augenhöhe.  
Sie vergessen, dass wir zu Beginn unserer Kampagne in den Umfragen kaum vorkamen.  
Wir hatten keine politische Organisation, wir hatten keine Millionäre im Hintergrund.  
Offen gesagt, wir hatten nicht viel.**

**Und dann kamen Millionen Menschen zusammen in einer politischen Revolution.**

Bernie Sanders

## INHALTSVERZEICHNIS:

1. Democrats Abroad K-Town
2. Sombart & Harrington
3. Große Depression, 1960er, heute
4. Telefon-Interview mit Jack Stuart
5. Der rote Bernie – politische Kurzbiographie
6. Das Wahlrecht
7. Die Bernie Generation
8. Occupy, Fight for \$15, Black Lives Matter, The Dreamers, 350.org
9. Eine Regenbogen-Koalition
10. S. 2909 und S. 2411
11. DSA, SPD, und DIE LINKE



## 1. Democrats Abroad K-Town

Im Frühjahr 2016 beteiligten sich eine Vielzahl Amerikaner aus Ramstein, Landstuhl, Kaiserslautern (gütig ‚K-Town‘ genannt) und Umgebung an den Vorwahlen für das Präsidentenamt ihres Landes. Sie nahmen an den ‚Global Presidential Primaries‘ der Demokratischen Partei im Ausland, den ‚Democrats Abroad‘, teil. Die Republikaner haben in der Region keine entsprechende Präsenz. Es war ein überwältigender Erfolg. In Deutschland allein traten 7500 Amerikaner den Demokraten bei. Weltweit war die Beteiligung bei den Demokraten 50 Prozent höher als bei der Obama-Wahl 2008. Etwa 35.000 Auslands-Amerikaner aus über 170 Ländern gingen zur Wahlurne. Das globale Ergebnis: der Sozialist Bernie Sanders siegte in allen Ländern und erhielt insgesamt 69 Prozent der Stimmen, Hillary Clinton 31 Prozent. Im Ortsverein Ramstein/Kaiserslautern der Demokraten lag Bernie mit über 65 Prozent vorne. Ein wichtiger moralischer Sieg für die sozialistische Botschaft des Kandidaten Sanders in der Welt. Nicht zu vergessen die Delegierten für Sanders, denn die ‚Democrats Abroad‘ werden als sozusagen 51. Bundesstaat beim nationalen Parteitag im Sommer 2016 gewertet.

Das Ergebnis macht Ramstein, weltweit größter U.S. Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA, nicht zu einem roten Nest. Aber die Frage bleibt: wie ist der überraschende Aufstieg Bernie Sanders und seine Kampagne für eine politische Revolution zu bewerten?

**„In verschiedener Hinsicht hat Bernie bereits gewonnen. Er begann seine Kampagne mit der Einstellung dass der gesellschaftspolitische Dialog eine stärker progressiv und an Sachthemen ausgerichtete Agenda brauchte. Und genau das hat er definitiv erreicht.“**

Neal Taylor, Ortsvereinsvorsitzender der ‚Democrats Abroads‘ Ramstein/ Kaiserslautern.  
(Übersetzung S. P.)

## 2. Sombart & Harrington

Ein Blick in die Geschichte. Im Jahre 1906 verfasste der deutsche Soziologe Werner Sombart einen Aufsatz mit dem Titel: ‚warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten?‘ Es war der Versuch zu erklären, warum die USA alleine unter allen demokratischen Industrieländern keine profunde sozialistische Bewegung hervorbrachte. Seine Antwort: ‚an Rinderbraten und gedecktem Apfelkuchen scheiterten alle sozialistischen Utopien.‘ Neue Immigranten die dort die Arbeiterklasse bildeten empfanden den Lebensstandart als so hoch, dass sozialistisches Gedankengut unnötig schien.

Der Eindruck war, harte Arbeit wird belohnt; insgesamt geht es wirtschaftlich bergauf. Und eine feudalistische Standesgesellschaft wie in Europa gab es auch kaum.

Michael Harrington, einer der Gründungsväter der Gruppe ‚Demokratische Sozialisten von Amerika‘ (DSA), führt neben der ethnischen Fragmentierung der Arbeiterschaft, welche Solidarität erschwerte, die Geographie an. Immigranten fanden in den Ostküstenstädten keinesfalls das Paradies vor. Es herrschte nackte Ausbeutung. Aber es gab eine Alternative, nämlich ‚Go West.‘ So nahm die Kritik am Kapitalismus eine pro-kapitalistische Form an: Ostküsten-Arbeiter bestiegen Planwagen, wurden Bauern im wilden Westen, und damit Akteure in der Marktwirtschaft. Diese Mobilität hat es im statischen alten Europa so nie gegeben. Dort hieß es, untergehen, auswandern, oder - schließlich - sozialistischer Widerstand vor Ort.

## 3. Große Depression, 1960er, heute

Trotz dieser besonderen Umstände gab es um 1900 verschiedene sozialistische Tendenzen in USA. Zur Geschichte des demokratischen Sozialismus kommen allen voran drei Namen ins Gedächtnis. Es sind auch die Namen der Festveranstaltung, welche Chicago DSA jährlich seit über 50 Jahren durchführt – das ‚Debs-Thomas-Harrington Dinner.‘ Einiges Gewicht hatte die 1901 gegründete Sozialistische Partei bis zum Ersten Weltkrieg. Bei der Präsidentschaftswahl 1912 konnte der Gewerkschafter Eugene Debs 6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Es gab tausende örtlich gewählte sozialistische Amtsträger, darunter über 70 Bürgermeister und viele Abgeordnete in den Parlamenten der Bundesstaaten. Der presbyterianische Pfarrer Norman Thomas war in den 1930ern und 1940ern der zweite große Anführer und Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei.

Nach einem temporären Aufschwung in den Jahren der Großen Depression – Sozialisten und Kommunisten waren aktiv am Aufbau von Industriengewerkschaften in den 1930ern beteiligt - ging es ab 1940 bergab. Die Anziehungskraft von Roosevelt’s ‚New Deal,‘ später die Hexenjagd der McCarthy-Ära spielten eine Rolle. In den 1960ern waren die beiden Hauptorganisatoren des berühmten ‚March on Washington‘ 1963, Bayard Rustin und A. Philip Randolph, Mitglieder der Sozialistischen Partei. Der Hauptredner jener Veranstaltung, Martin Luther King, der dort seine berühmte Rede ‚I have a dream‘ hielt, identifizierte sich als demokratischer Sozialist. Aber die sozialistische Partei selbst löste sich nach Konflikten um den Vietnamkrieg 1973 auf.

## 58th Annual Debs - Thomas - Harrington Dinner

The 2016 Eugene V. Debs – Norman Thomas – Michael Harrington Dinner will be Friday evening, May 20, at the Crowne Plaza Chicago Metro, Madison and Halsted on Chicago's near west side. It is, as always, a union hotel. You are invited, requested, beseeched to participate. We have a great program lined up; you won't regret it. (Chicago DSA).

Eine Fraktion, welche während des Auflösungsprozesses den Vietnamkrieg strikt abgelehnt hatte, wurde von Autor und Aktivist Michael Harrington angeführt. Seine Wurzeln lagen in der katholischen Soziallehre und der Tradition der Arbeiterpriester. Sein auch international bekanntestes Buch ‚The other America‘ [Das andere Amerika] inspirierten Präsident Kennedy's und Johnson's Programm zur Bekämpfung der Armut, den ‚War on Poverty‘. Harrington gründete das ‚Democratic Socialist Organizing Committee‘ (DSOC), welches bald zur größten demokratisch-sozialistischen Gruppierung

in den 1970ern aufstieg. Nach dem Zusammenschluss mit der ‚New American Movement‘ (NAM), einer Koalition von Intellektuellen der Neuen Linken der 1960er Jahre, sowie Mitgliedern der Sozialistischen und Kommunistischen Partei der Alten Linken wurde 1982 DSA, die Demokratischen Sozialisten von Amerika, gegründet. Harrington und die feministische Autorin Barbara Ehrenreich wurden erste Vorsitzende. Harrington war anerkannter Partner von Kreisky, Brandt, und Palme in der Sozialistischen Internationale der 1970er und frühen 1980er Jahre.

DSA stellt aufgrund des Wahlrechts keine eigenen Kandidaten auf, sondern arbeitet mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Demokraten zusammen. Doch hat DSA Präsidentschaftskandidaten aktiv unterstützt, z.B. Jesse Jackson, Ralph Nader, Barack Obama, und Bernie Sanders. Durch die Kampagne von Sanders hat auch DSA einen bisher nicht gekannten Aufschwung genommen, gemessen an der Zahl neuer Mitglieder und Ortsvereine.

## 4. Telefon Interview mit Jack Stuart, 25.04.2016

Der Amerikaner und DSAer Jack Stuart aus Minneapolis erinnert sich an seine Zeit in der sozialistischen Bewegung seit den 1950er Jahren. „Zuerst war ich in der YSL, die ‚Young Socialist League‘. 1958, glaube ich, wurden wir Teil der Sozialistischen Partei. Zu jener Zeit war Max Shachtman ein oft genannter Name – er war ein großartiger Redner, und das mit viel Humor. So hörten Leute ihm gerne zu.

Er war eine maßgebliche Persönlichkeit. Man kann diskutieren, wie Shachtman eine jüngere Generation von Sozialisten beeinflusste, Bogdan Denitch, Michael Harrington, Irving Howe, die später DSA mitbegründeten. Irgendwann kam es zu einer Konfrontation zwischen Shachtman und Harrington, über Vietnam. So hielt Shachtman eine Rede in Berkeley, in der er die ‚Bay of Pigs‘ Invasion [eine fehlgeschlagene, von den CIA unterstützte, Militärintervention Cuba's] verteidigte. Er wurde immer extremer. Näherte sich den [konservativen] Positionen der Führung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO an.

Solche Dinge führten schließlich dazu, dass Harrington die Sozialistische Partei verließ – und eine Vorläuferorganisation von DSA, DSOC, ins Leben rief. Bernie Sanders identifizierte sich übrigens mit YPSL [Young People's Socialist League, die Jugendorganisation der Sozialistischen Partei] während seiner Zeit als Student in Chicago. Das muss Anfang der 1960er Jahre gewesen sein.“ (Übersetzung S.P.)

## 5. Der rote Bernie – politische Kurzbiographie

„Legt er mit dem nuscheligen Kaugummi-Akzent seiner Heimatstadt New York los, lauscht man gerne seinen Worten, auch wenn man seine Ansichten nicht teilt“ (Der rote Bernie. Jüdische Rundschau, März 2106, S. 3). Bernie Sanders, Jahrgang 1941, gilt als integer und unbestechlich. Er ist Sohn eines jüdisch-polnischen Überlebenden des Holocaust. Die ersten 19 Jahre seines Lebens verbrachte er im New Yorker Stadtteil Brooklyn, ging dort zur Schu-



le. Der kulturelle Einfluss dieser Zeit auf Bernie ist nicht belegt; was man allgemein sagen kann ist, dass es in vielleicht keiner anderen Stadt der USA der 1940er und 1950er Jahre eine derart starke amerikanisch-jüdisch-sozialistische Symbiose gab wie in New York City. Bereits in den 1960ern, lange bevor das international richtig ‚cool‘ wurde, lebte und arbeitete er im Kibbutz in Israel. Noch vor seiner Politikerkarriere machte Sanders 1979 einen Dokumentarfilm über Sozialistenführer Eugene Debs. Das Hauptthema des Films, die Ungerechtigkeit, ist auch das, was den Präsidentschaftskandidaten Sanders heute umtreibt.

„Ich unterstütze Bruder Bernie Sanders, weil er seit über 50 Jahren ein Langstreckenläufer mit Integrität im Kampf für Gerechtigkeit ist.“  
Dr. Cornel West, Ehrenvorsitzender von DSA.  
Schwarzer Bürgerrechtskämpfer. Theologieprofessor an der Harvard und später Princeton Universität. (Übersetzung S.P.)

Sanders ist die am längsten als Unabhängiger dienende politische Figur der USA. Als radikaler Studentenführer, Bürgermeister der Kleinstadt Burlington, dann Mitglied des U.S. Repräsentantenhauses und schließlich des U.S. Senats, war er nie formal Mitglied einer sozialistischen Gruppierung oder der Demokratischen Partei. Stark setzte er sich für Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte ein, war häufig bei der Streikpostenkette zu sehen.

Durch Anträge, die er in den letzten Jahren in den U.S. Senat einbrachte, versuchte er auch die sich im Aufschwung befindende Genossenschaftsbewegung zu stärken. Er war Advokat für Rechte von Immigranten, Frauen sowie Schwulen und Lesben.

Als Ende 2010 die rechtspopulistische ‚Tea Party‘ Bewegung die Republikanische Partei immer weiter nach rechts drückte, wuchs der linke Druck auf Sanders als Präsidentschaftskandidat der Demokraten anzutreten. Der Parteiführung der Demokraten war das recht. Man kalkulierte, Hillary Clinton und der Partei würden auf diese Weise letztlich viele aktivistische Kader zugeführt. Unerwartet gelang es Sanders jedoch, enorme nationale Energien für seinen Aufruf zu einer politischen Revolution gegen die politische und wirtschaftliche Oligarchie zu generieren. Das zeigte sich in einer nie dagewesenen Anzahl von knapp 8 Millionen Kleinspenden für seine Kampagne (Zahlen von Ende April), sehr große und enthusiastische Kundgebungen mit vielen jungen Teilnehmern in verschiedenen Teilen des Landes, und starkes Engagement unzähliger basisdemokratischer Initiativen, auch Internet-Initiativen - bis ins Ausland. So spielten DSA Aktivist\*innen eine wichtige Rolle bei den beiden rührigsten internationalen Bernie-Gruppen, nämlich ‚www.facebook.com/Paris4Bernie/‘ und ‚www.londonfor-

bernie.org.‘

(Referenz: A political revolution in the USA? Paul Garver on the politics of an insurgent democratic socialist, in: Chartist 21, März/April 2016).

## 6. Das Wahlrecht

Das moderne Zwei-Parteiensystem der USA entstand in den 1850er Jahren. Die Demokratische Partei, älteste Partei der westlichen Welt, gibt es seit 1828. Die Republikaner, geführt von Abraham Lincoln, stehen seit 1860 mit den Demokraten im Wettbewerb. Bis heute. Trotz eines Bürgerkriegs, zweier Weltkriege, der Großen Depression der 1930er Jahre und den tumultartigen 1960er Jahren hat sich daran nie was geändert. Zweimal waren Drittparteien fast erfolgreich darin, eine der beiden dominierenden Parteien zu stürzen. 1912 errangen Teddy Roosevelt und seine Progressive Partei 27 Prozent der Wählerstimmen. 1992 der Milliardär Ross Perot als Unabhängiger knapp 19 Prozent. Perot war ein nationaler, nicht bloß regionaler, Kandidat. Viele Millionen seiner Wahlkampfkosten beglich er aus der Privatschatulle. Millionen Amerikaner stimmten für ihn. Beim entscheidenden Wahlmänner-Gremium (‚electoral college‘), welches den Präsidenten letztlich wählt, kam er auf 0 – in Worten ‚Null‘ – von 538 Stimmen. Denn bei einem Wahlrecht, welches in fast allen Bundesstaaten auf dem Gewinnerprinzip (‚winner-take-all‘) gründet, fand sich überall der demokratische oder republikanische Kandidat, der prozentual mehr Stimmen als Perot, und damit alle Wahlmänner, die ein Bundesstaat zu vergeben hatte, einheimste. Diese Geschichte und Logik kennen auch Bernie Sanders und DSA. Deshalb ist es für beide Akteure sinnvoll, gerade auf der nationalen Ebene mit den Demokraten zu arbeiten. Lokal mag das anders gehen.



## 7. Die Bernie Generation

Bernie hat die Bernie Generation nicht geschaffen. Sie war schon da und Bernie hat sie abgeholt. Was er allerdings geleistet hat, ist den Begriff ‚demokratischer Sozialismus‘ respektabel zu machen. Vor Bernie wichen Linke in der Regel auf Selbstbeschreibungen wie ‚progressiv‘ oder ‚liberal‘ aus.

Bernie's Kampagne machte deutlich, dass viele Demokraten gewillt waren, für einen selbst-erklärten ‚demokratischen Sozialisten‘ zu stimmen. Verblüffender noch, viele Demokraten outeten sich selbst als sozialistisch. Der renommierte U.S. Journalist Harold Meyerson kommentiert: Typisch ist eine Umfrage direkt vor den Vorwahlen in Iowa,

in der sich 40 Prozent der Demokraten, die bekundeten, an den Vorwahlen dort teilnehmen zu wollen, aussagten, sie seien Sozialisten. Und das Label ‚sozialistisch‘ ist nicht auf Sanders-Unterstützer beschränkt. In einer Umfrage der Tageszeitung ‚New York Times‘ von letztem November hatten 56 Prozent der Demokraten, einschließlich 52 Prozent der Unterstützer von Hillary Clinton, eine positive Meinung zum Sozialismus. Bereits 2011 legte eine Umfrage des Pew Forschungsinstituts offen, dass 49 Prozent der Amerikaner unter 30 Jahren dem Sozialismus positiv gegenüberstanden, während das nur 47 Prozent über den Kapitalismus sagten. (Harold Meyerson. Why are there suddenly millions of socialists in the USA?, www.theguardian.com, 29.02.2016).



Sanders' Sozialismus meint einen Aufruf zur politischen Revolution mit dem Ziel klarzumachen, dass das Land allen gehört und nicht einer Handvoll von Milliardären. Sanders stellt auf gemeinsame Interessen ab, nicht die Identität oder die Werte verschiedener Gruppen. Er hat eine Affinität zur europäischen, speziell nordeuropäischen, Sozialdemokratie und zur heimischen solidarischen Ökonomie bekundet. Darüber hinaus bleibt er vage. Niemand ist gezwungen, sich auf irgendeine spezielle Variante des Sozialismus festlegen zu müssen. Gerade jungen Amerikanern hat es der Zusammenbruch des ehemaligen Ostblock-Kommunismus erlaubt, Sozialismus heute mit einem Mehr an Sozialstaat in West Europa und dynamischen sozialen Bewegungen in Süd-Amerika in Verbindung zu bringen. Der Hauptgrund der Hinwendung zum Sozialismus hat aber mit den anhaltenden Verwerfungen des amerikanischen Kapitalismus zu tun. Spätestens seit der Finanzkrise 2008 dominiert das Gefühl, die Mittelschicht schwindet, die Ungleichheit wächst rapide, gute Jobs werden seltener, und die Jungen sind mit exorbitant hohen Studiengebühren-Schulden beladen – also das Gegenteil dessen, was laut Sombart die USA ursprünglich so attraktiv machten und dem Sozialismus keine Chance bot.

## 8. Occupy, Fight for \$15, Black Lives Matter, The Dreamers, 350.org

Die ‚Bernie Generation‘ ist unsere politische Zukunft, schreibt U.S. Aktivist-Veteran Tom Hayden. Der Begriff meint weniger die Unterstützer einer Präsidentschafts-Kampagne, sondern eine umfassendere, unabhängige und länger angelegte soziale Bewegung vor allem junger Leute. Die Bewegung erinnert an die Anfänge von Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien vor ein paar Jahren, und die spontanen Zusammenkünfte junger Leute in Paris und anderer französischen Städte heute.

Sie hatte als Ausgangspunkt die Occupy-Bewegung mit ihrem Protest gegen die Allmacht der obersten 1 Prozent der Gesellschaft. Weitere politische Impulse kamen hinzu: ‚Fight for \$15‘, die in verschiedenen Bundesstaaten ausgetragene Kampagne sozial benachteiligter Gruppen für einen Mindestlohn von \$15 die Stunde; ‚Black Lives Matter‘, der Protest gegen den institutionalisierten Rassismus im Land; ‚The Dreamers‘, die Jugendbewegung ‚undokumentierter‘ Migranten; ‚350.org‘, eine Initiative für Klimaschutz, die in den USA von Studenten gegründet wurde und heute in zahlreichen Ländern aktiv ist. (Tom Hayden. There is no doubt that the Bernie Generation is our political future, in: <https://portside.org>, 28.01.2016).

Kern der Bernie Generation sind die Millennials, die Jungwähler zwischen 18 und 34. Laut einer Pew Studie von 2014 glauben sie mehrheitlich, „dass die Polizei rassistisch sei, ...dass Einwanderer Amerika stärken und nicht bedrohen. Sie fürchten sich nicht vor Muslimen, sie glauben, dass die Regierung mehr tun muss und nicht weniger. ...[Sie] sind mittlerweile die zahlenmäßig stärkste Wählergruppe in den USA, sie haben die Baby-Boomer-Generation der heute 45- bis 65-Jährigen längst überholt.“ (Sebastian Moll. Popstar der Millennials, in: [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 29.01.2016).

Die Einstellungen der Millennials sind wichtig, denn die USA stehen am Anfang einer enormen ethnischen Veränderung. Einstellungen, die man in Deutschland gerade bei AfD und CDU/CSU findet, dass nämlich Staatsbürgerschaft an ein bestimmtes Aussehen und eine tradierte Kultur gebunden sind, haben in der neuen USA – und zeitversetzt auch in Deutschland – keine Chance mehr. „Millenials sind die ethnisch am meisten diversifizierte Generation in der Geschichte Amerikas. ...Ungefähr 43 Prozent der erwachsenen Millennials sind nicht weiß, der höchste Anteil unter allen Generationen. Etwa die Hälfte der Neugeborenen heute in Amerika ist nicht weiß, und die Behörde für Volkszählung sagt voraus, dass es eine nicht weiße Mehrheit in der gesamten US-Bevölkerung ab circa 2043 geben

wird.“ (Ansgar Graw (US-Korrespondent). Die neuen Amerikaner sind links und pazifistisch, in: [www.welt.de](http://www.welt.de), 19.03.2014). In Kalifornien und einigen anderen Bundesstaaten ist das heute bereits der Fall. Auf den Punkt gebracht, es sind gerade die jungen Amerikaner, die ‚the Bern‘ fühlen, sie sind multi-ethnisch, zahlreich, und links. Dass sie 2016 schon Wahlen entscheiden, ist unwahrscheinlich, aber die Zukunft ist auf ihrer Seite.

## 9. Eine Regenbogen-Koalition

Die Herausforderung für Sanders besteht laut Cornel West darin, eine breite multi-ethnische Regenbogen-Koalition aufzubauen. Einen umfassenden Plan, der Gewalt gegen Minderheiten bekämpft - physische Gewalt, Gesetzesgewalt, politische und wirtschaftliche Gewalt - habe Sanders bereits vorgelegt. Aber, wie Joseph Schwarz vom DSA Vorstand einwendet, haben Hillary und Bill Clinton Verbindungen gerade zur schwarzen Minderheit seit vielen Jahren kultiviert. Vor allem im alten Süden, wo schwarze Wähler moderater und pragmatischer sind als anderswo. Man müsse auch bedenken, dass viele Schwarze, Latinos, und Gewerkschafter aus gutem Gründen eine Kontrolle aller drei Regierungszweige (Legislative, Exekutive, Judikative) durch die Republikaner fürchten - und fälschlicherweise annehmen, Hillary hätte eine bessere Chance gegen Trump als Bernie. Schließlich erinnerten sich viele ältere Schwarze, dass Bill Clinton's Politik gegenüber Armen, Kindern, und die Massen-Einkerkerung betreffend zwar katastrophal war, er aber die Anti-Diskriminierungsgesetze („affirmative action“) nicht beendete. Und damit schwarzen Arbeitnehmern und der schwarzen Mittelschicht entschieden half.

Ein DSA Papier mahnt, sich der Lehren aus den Erfolgen und Misserfolgen der Präsidentschaftskampagne des schwarzen Bürgerrechtlers Jesse Jackson 1988 zu erinnern. „Obwohl sie 8 Millionen Stimmen von weißen Progressiven, Gewerkschaftern, und Aktivisten von Minderheiten gewann, brachte Jackson's Kampagne keine demokratische nationale Organisation auf die Beine, welche die Arbeit der Regenbogen-Koalition hätte fortführen können.“ (The Sanders campaign and the revival of socialism in the United States, in: [www.dsausa.org](http://www.dsausa.org)).

Die gegenwärtige Präsenz der sozialistischen Bewegung in all ihren Schattierungen ist zu klein für diese Aufgabe. Die Umkehr wachsender politischer und ökonomischer Ungleichheit in den USA erfordert vermutlich einen Kampf über Generationen. Die Sanders Kampagne forcierte eine ehrliche Debatte zu Themen wie Rassismus, internationale Handelsabkommen, wirtschaftliche Ungleichheit, und politische Benachteiligung, gerade bei den De-

mokraten. Hält Sanders wie versprochen bis zu deren nationalem Parteitag im Sommer durch, stellt sich sicher auch die Frage nach der Repräsentation seiner Bewegung im Wahlprogramm und in einem Kabinett Clinton.

Aber der Traum linker U.S. Politik, wie Geoff Gilbert in ‚truth-out‘ schreibt, bleibt eine dritte sozialistische Partei jenseits von Demokraten und Republikanern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die von Sanders aufgezeigte historisch einmalige Finanzierung einer extrem teuren Präsidentschaftskampagne. Sanders' Bewerbung als ‚Demokrat‘ bei den Vorwahlen sparte enorme Summen. Denn der Wiedererkennungswert dieser Partei ist groß - für diesen Zweck mussten keine Gelder eingesammelt werden. Dann kam eine Geldbeschaffung aus Millionen kleiner und Kleinstbeträge - ganz unabhängig von Milliardären und Wall Street. Der durchschnittliche Unterstützerbetrag beträgt gerade mal 27 Dollar. Oft wurde von der Kampagne auch nur 2.70 Dollar erbeten. Inzwischen hat die Kampagne ein Eigengewicht, welche sie immer unabhängiger vom Establishment der Demokratischen Partei macht.

Wie damit umgegangen wird ist Spekulation und hängt auch vom Momentum in den nächsten Wochen und Monaten ab. Für das strategische Szenario einer sozialistischen Partei wäre eine unabhängige Informations- und Medienpräsenz zentral, wie Gilbert überzeugend argumentiert. Dazu



müsste die Sanders Kampagne Mittel in den Aufbau einer Art 24-Stunden youtube Kanal stecken. Er müsste die Bewegung des Bürgerjournalismus beleben, bei der Sanders-Unterstützer, Experten wie Praktiker, selbst Material für politische Aufklärung erstellen. Ob es um Rassismus, erneuerbare Energien, Wahlkampffinanzierung oder Wirtschaftsdemokratie geht, wichtig wäre die Mobilisierung von Graswurzel- („Grassroots“) Netzwerken, wie sie etwas im Begriff der solidarischen Ökonomie zum Ausdruck kommen. Der Förderung von Stadtteil- („community“) und Arbeitergenossenschaften würden eine entscheidende Rolle zufallen.

Geoff Gilbert. How Sanders could lay the foundation for a third US political party, in: [www.truth-out.org](http://www.truth-out.org), 16.4.2016).

## 10. S. 2909 und S. 2411

Bereits einige Jahre vor seiner Präsidentschaftskampagne hat Sanders detaillierte Gesetzesvorlagen im U.S. Senat eingebracht, wie Mitarbeiterbeteiligung und Genossenschaften im Land gestärkt werden können. Die Anträge ähneln denen der saarländischen Linksfraktion zur Schaffung eines Saarlandfonds – Vorschläge, die von der CDU-SPD Koalition im Landtag regelmäßig abgelehnt werden. S. 2909 fordert Programme auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten, die Betriebe in Belegschaftshand und Mitarbeiterbeteiligung befördern. Dazu soll auf nationaler Ebene im U.S. Arbeitsministerium eine Leitungsstelle eingerichtet werden, welche entsprechende Anstrengungen – finanzieller, organisatorischer, rechtlicher, und bildungsbezogener Art - koordiniert. S. 2411 fordert die Schaffung einer eigenen Bank für Betriebe in Belegschaftshand und Arbeitergenossenschaften im U.S. Finanzministerium. Dabei geht es um finanzielle Hilfen für Beschäftigte, die ihre eigene Firma erwerben möchten, und um die Förderung von ‚Guter Arbeit‘, vor allem faire Einkommen.

Die beiden Anträge beweisen Mut, Imagination, und Sachverstand – Eigenschaften, welche die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Neujahrsansprache vor geraumer Zeit einforderte, als sie ihre Landsleute aufforderte, über Zukunftskonzepte für das Saarland nachzudenken. Eigenschaften, welche ihre eigene große Koalition so schmerzlich vermissen lässt.

## 11. DSA, SPD und DIE LINKE

Vor Jahren wäre dieser Beitrag zu Sanders aus der SPD gekommen. Dass er heute aus der LINKEN kommt ist logische Folge einer ca. 15-jährigen Entwicklung. Formaljuristisch ist die SPD nach wie vor mit ihrer Schwesterorganisation, den Demokratischen Sozialisten von Amerika, in der ‚Sozialistischen Internationale‘ (SI) verbunden. Die Realität heute sieht ganz anders aus: SPD Vorsitzender Sigmar Gabriel hat das Engagement seiner Partei in der SI auf ein absolutes Minimum, nämlich einfache nominelle Mitgliedschaft, zurückgefahren und eine konservative Konkurrenzorganisation mit aus der Taufe gehoben – erstaunlich schon deshalb, weil die SI nach dem Krieg ausgerechnet in Deutschland wieder begründet wurde und Willy Brandt lange Jahre SI Präsident war. Gabriel's neue ‚Progressive Allianz‘ hat neben der SPD weitere zentristische bis sozialliberale Parteien wie die U.S. Demokraten oder die indische Kongress-Partei als wichtige Akteure an Bord.

Und DSA, mit Abstand größte sozialistische Gruppierung in den USA, arbeitet viel mit der den LIN-

KEN nahe stehende Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York zusammen und fasste auf ihrem letzten Parteitag einen Beschluss, eine stärkere Kooperation mit internationalen Bündnissen links der SI zu prüfen. Im Gegensatz zu vor 30 Jahren ist DSA in der heutigen SPD weitgehend unbekannt. DIE LINKE steht angesichts wachsendem Nationalismus und Rechtspopulismus in Europa und der Dominanz des Neo-Liberalismus weltweit vor zwei Aufgaben. Eine bereits angelaufene Zusammenarbeit linker Parteien in unserer europäischen Kernregion fortzusetzen sowie eine stärkere Vernetzung mit DSA und der Bernie Generation in Nord Amerika und linken Kräften in Latein Amerika auf den Weg zu bringen.



Foto: Demonstration mehrerer linker Parteien und Gewerkschaften aus der Großregion in Metz für ein Europa der Arbeit und der sozialen Rechte im April 2016. Darunter aus dem Saarland DIE LINKE und ATTAC. Der Protest richtet sich gegen eine Austeritätspolitik, die Angela Merkel mit Francois Hollande bei einem Treffen in Metz vorantreiben will.



Foto: Dr. Stephan Peter, langjähriges Mitglied der DSA und der IG Metall, Autor des Newsletters



# TOGETHER WE CAN DO IT!



## **Werkstatt Wirtschaftsdemokratie**

Die Werkstatt Wirtschaftsdemokratie der Fraktion Die Linke im saarländischen Landtag ist ein Prozess – eine Einladung, an der Diskussion um Herausforderungen und Chancen von mehr Wirtschaftsdemokratie im Saarland mitzuwirken. Wissenschaftlicher Projektleiter ist Dr. Stephan Peter, Politikwissenschaftler und Soziologe. Er unterstützt die Fraktion bei inhaltlichen Fragen und betreut das saarländische Netzwerk Werkstatt Wirtschaftsdemokratie durch die Organisation von Treffen und Veranstaltungen. Er ist Autor von Studien und anderen Publikationen, und bietet Vorträge und Video-clips zum Thema Wirtschaftsdemokratie an. Im Rahmen seiner Tätigkeit arbeitet er mit diversen an der Demokratisierung der Wirtschaft interessierten Kooperationspartnern zusammen.

[http://www.linksfraktion-saarland.de/fraktion/werkstatt\\_wirtschaftsdemokratie/](http://www.linksfraktion-saarland.de/fraktion/werkstatt_wirtschaftsdemokratie/)

## Themenübersicht der Newsletter „Wirtschaftsdemokratie“

### **1/2013: Zum Kooperationsvertrag zwischen den U.S. Stahlarbeitern und Mondragon**

erschienen November 2013

<http://www.saar.rosalux.de/publication/40015/newsletter-wirtschaftsdemokratie-1.html>

### **2/2014: Der schwedische Meidner-Plan von 1976 und linke Wirtschaftspolitik heute**

vom Februar 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD2\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD2_2014.pdf)

### **3/2014: Prostitution und Genossenschaften**

vom April 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD3\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD3_2014.pdf)

### **4/2014: Gärtnern und die Welt verändern. eine andere Welt ist pflanzbar**

vom Juni 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD4\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD4_2014.pdf)

### **5/2014: Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie**

**Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften neu denken:  
Impulse aus USA**

### **Reader zum Besuch von John Clay im Saarland, 2. - 6. Juni 2014**

vom Juli 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD5\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD5_2014.pdf)

### **6/2015: Autogestion: Selbstverwaltung in Frankreich**

vom Februar 2015

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/Newsletter\\_WD6\\_2015.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/Newsletter_WD6_2015.pdf)

### **7/2015: Israel, Kibbutz & Moshav und das linke Projekt**

vom September 2015

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/Newsletter\\_WD7\\_2015.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD7_2015.pdf)

### **8/2016: Wie Genossenschaften bei der Flüchtlingsfrage anpacken**

vom März 2016

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/Newsletter\\_WD8\\_2016.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD8_2016.pdf)

## weitere Publikationen:

### **Neue Wirtschaftsdemokratie im Saarland? Eine aktuelle Bestandsaufnahme**

vom Dezember 2011

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/image/Studie\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/image/Studie_web.pdf)

### **Eine andere Wirtschaftsweise ist möglich.** Zweite Auflage, Studie zur Wirtschaftsdemokratie

vom Dezember 2012

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/pdf/Studie\\_Auflage2\\_2012\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/pdf/Studie_Auflage2_2012_web.pdf)

### **Mischfrucht - Alternative in der Landwirtschaft?**

vom Juni 2013

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/pdf/Reader\\_Mischfrucht\\_2013\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/pdf/Reader_Mischfrucht_2013_web.pdf)

### **Küchentischhandbuch zu Wirtschaftsdemokratie**

vom August 2013

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/pdf/Kuechentischhandbuch\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/pdf/Kuechentischhandbuch_web.pdf)

## Herausgeber:

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gisela Ruge) in Kooperation mit Fraktion die LINKE im Landtag des Saarlandes, Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)